

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir die Freien Wähler haben landesweit zu einem Boykott von Steuererhöhungen zu Lasten der Mitarbeiter im Mittelstand aufgerufen.

Wir sind politisch neutral und wenden uns deshalb an alle Parteien.

Die Städte- u. Gemeindehaushalte werden durch die Personalkosten so sehr belastet, dass es einen ausgeglichenen Haushalt nicht mehr zulässt.

Der Abmangel der Kinderbetreuung, welche durch die Vorgaben vom Land und Bund im Haushalt nicht auszugleichen sind, können nicht erwirtschaftet werden.

Alleine die Tarif- und Leistungszulagen lassen die schon jetzt nicht ausgeglichenen Personalkosten jedes Jahr unfinanzierbar anwachsen.

Eine Kommunale Steuererhöhung geht aber immer zu Lasten der Familien aus dem Mittelstand.

Wir haben unsere Fraktionskollegen und freien Listen in **über 100 Städte und 1000 Gemeinden** angeschrieben.

Unsere Anschreiben, Haushaltsreden und Präsentation, sowie der Verlauf der Aktion ist auf unserer Internetseite:

[www.fwvdusslingen.de](http://www.fwvdusslingen.de)

ersichtlich.

Es ist falsch, die Haushalte der Gemeinden und Städte mit unsozialen Steuererhöhungen auszugleichen.

Ist es nicht wie in der Corona Krise:

Wir können nicht nur an Morgen denken, sondern müssen frühzeitig Maßnahmen ergreifen um langfristige Auswirkungen zu verhindern.

Auch wenn das Thema unangenehm ist, so müssen wir weitblickend Handeln, wenn wir uns in den kommenden Jahren nicht immer weiter verschulden wollen.

Gegen die stetig steigende Personalkosten und Verschuldung gibt es leider noch keinen Impfstoff,

aber es gibt die

„Dußlingen Lösung“.

Der Steuerboykott

Zeigen auch Sie soziale Verantwortung für 40 Millionen Familien welche im Mittelstand ihr Einkommen erwirtschaften müssen und setzen Sie in Ihren Gremien ein Zeichen, für eine Zukunft unserer Städte und Gemeinden.

Es wurden alle Tageszeitungen in Baden-Württemberg von der Aktion in Kenntnis gesetzt.

Zusätzlich überregionale Zeitungen und Illustrierte.

Die Städte und Kommunen melden uns Ihren Abmangel bei der Kindererziehung. Die Rückmeldungen sind erschreckend.

Bei einem Schuldenerlass von Hochverschuldeten Städte und Gemeinden, welche wieder vom Finanzminister Olaf Scholz gefordert wird, wäre oberflächlich betrachtet ein guter Weg.

Doch würden wir hier **soziale Gleichstellung** unserer Mitbürger, innen einfordern, denn es handelt sich hierbei um überwiegend Städte, welche schon lange eine kostenlose Kinderbetreuung anbieten.

Gerade diese Personal-Kinderbetreuungs-Kosten haben maßgeblich zu deren Verschuldung in den Haushalten beigetragen.

Dann fordern wir in der Kommunalpolitik ebenfalls für unsere Mitbürger kostenlose Kinderbetreuung und die Übernahme der Kosten in den Gemeindehaushalten.

**Lassen Sie uns wissen wie Sie und Ihre Partei darüber denken und was für eine Lösung Sie für die 39,8 Millionen mittelständische Beschäftigten und Ihre Familien in Betracht ziehen werden.**

Bei Fragen stehen wir gerne zu Verfügung. Wenn die Unterlagen als Anhänge nicht mitgesendet werden konnten, haben Sie die Möglichkeit diese auf unserer Internetseite [www.fwvdusslingen.de](http://www.fwvdusslingen.de) herunter zu laden.

Ihre FWV Dusslingen

Klaus Zürn

Ihnen Allen ein erfolgreiches und gesundes 2021 und eine glückliche Hand bei politischen Entscheidungen.